

DIE WAHRHEIT ÜBER „FAKE NEWS“

„Fake News“ ist der Anglizismus des Jahres 2016, meinen Sprachwissenschaftler der Freien Universität (FU) Berlin. Sie begründeten ihre Wahl jetzt mit der „überwältigenden und anhaltenden öffentlichen Präsenz“ dieses Begriffs. In ihrer Begründung verweisen die Wissenschaftler auch darauf, dass die Bezeichnung eine Lücke im deutschen Wortschatz fülle: Denn der Versuch einer Übersetzung des Wortes mit „Falschmeldung“ trifft insofern nicht zu, weil mit dem Adjektiv „fake“ eine bewusste Täuschungsabsicht impliziert wird. Rein inhaltlich käme „Fake News“ am ehesten die Übersetzung „gefälschte Nachricht“ nahe.

Somit fallen „Fake News“ mehr unter den Oberbegriff Desinformation, also die gezielte Verbreitung falscher oder irreführender Behauptungen, um die öffentliche Meinung, aber auch Einzelpersonen im Sinne bestimmter politischer oder wirtschaftlicher Ziele zu beeinflussen. Aufgrund der zunehmenden Häufung solcher Manipulationsversuche will die Bundesregierung nun sogar eine „Abwehrzentrale gegen Desinformation“ einrichten. Vor dem Hintergrund des Einflusses, den russische Hacker auf den amerikanischen Wahlkampf ausgeübt haben sollen, will Berlin mit dem Spezialkommando gegen Desinformation entsprechenden Manipulationen hierzulande vorbeugen – besonders mit Blick auf die beiden wichtigen Wahltermine im Bund und in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr.

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) hinterfragt in dem Zusammenhang hingegen, ob eine Behörde über Wahrheitsgehalte entscheiden dürfe und warnt vor Zensur. Gleichzeitig stellt der DJV-Bundesvorsitzende, Frank Überall, jedoch auch fest, „dass der öffentliche Diskurs nicht dauerhaft durch ‚Fake News‘ Schaden nehmen“ dürfe.

Nun ist die Absicht, mit gefälschten Fakten Meinung zu machen, nicht neu. Darin versuchten sich schon viele Politiker und Gruppierungen. So sind aus dem 19. Jahrhundert unwahre Meldungen über eine angebliche Flucht Napoleons bekannt. Hitler gab seinen Überfall auf Polen als Verteidigungsmaßnahme aus. George W. Bush führte Krieg gegen den Irak aufgrund fingierter Angaben zu Massenvernichtungswaffen in irakischem Besitz. Und dem neuen US-Präsidenten Donald Trump wird vorgeworfen, seinen Sieg im jüngsten Präsidentschafts-

wahlkampf mit gezielt lancierten, politisch motivierten Falschmeldungen erreicht zu haben. In Deutschland wiederum ergossen sich Ende vergangenen Jahres ganze Hasstiraden über die Grünen-Politikerin Renate Künast, nachdem ihr via Facebook ein gefälschtes Zitat über den mutmaßlichen Studentinnen-Mörder von Freiburg untergeschoben worden war, in dem sie angeblich für diesen Partei ergriff. Als Urheber der „Fake News“ wurden Rechtsextreme ausgemacht.

Die Möglichkeiten derartiger Manipulationen thematisierte bereits 1997 die US-amerikanische Satire „wag the dog“ – zu deutsch etwa „wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt“. Darin ersannen sogenannte „spin doctors“ einen fiktiven Krieg mit Albanien, um von amourösen Eskapaden des amtierenden US-Präsidenten vor dem anstehenden Wahlkampf abzulenken. Albanien wird übrigens deshalb als „Aggressor“ ausgewählt, auf den die Vereinigten Staaten reagieren (müssen), weil das Land der US-Öffentlichkeit weitestgehend unbekannt sei, so das Kalkül der Spin-Doktoren. Rezensenten lobten damals an der schwarzen Komödie, dass sie die „Manipulierbarkeit der Öffentlichkeit“ ebenso verdeutliche wie die „Macht, welche die Technik kleinen Gruppen in die Hand“ gebe.

Damit sind wir bei den „Fake News“ von heute. Sie profitieren von den Möglichkeiten, die Informationstechnologien und soziale Medien bieten, um Lügen, Unterstellungen und selbst Kommentare der übelsten Sorte ohne Probleme – und meist auch ohne Absender – in Umlauf zu bringen. Deshalb denkt Bundesjustizminister Heiko Maas bereits darüber nach, soziale Netzwerke mit

Bußgeldern zu bestrafen, wenn sie „Fake News“ weiter ungehindert zulassen. Im Zentrum der Kritik steht dabei Facebook, das nach Ansicht vieler

Kritiker bislang zu wenig gegen „Fake News“ jedweder Art sowie die Reaktionen darauf unternommen habe. Inzwischen versucht Facebook, seinen Kritikern den Wind mit der Ankündigung aus den Segeln zu nehmen, dass zweifelhafte Beiträge auf entsprechende Hinweise hin künftig von dem Recherchezentrum „Correctiv“ gecheckt werden sollen. Zuvor wird es demnach jedoch noch eine Testphase geben, zu deren Umfang, Beginn etc. Facebook sich bislang bedeckt hält.

Um den unheilvollen Auswirkungen von „Fake News“ zu begegnen, nehmen auch die Stimmen zu, die eine bessere Ausbildung der Bevölkerung in Sachen Medienkompetenz fordern. Diese Erziehung soll möglichst schon an den Schulen beginnen. Dazu verweisen die Befürworter solcher Medienbildung auf eine Studie der Universität Stanford, der zufolge rund 80 Prozent der zwölf- bis 13-jährigen US-Amerikaner nicht zwischen Nachrichten und Werbung unterscheiden können. Dieses Ergebnis ist wahrscheinlich nicht 1:1 auf Deutschland übertragbar, aber immerhin eine Warnung.



Quelle: z.arts

... weiter von Seite 1

Mehr Kenntnisse über die Mechanismen von sozialen Medien erscheinen vielen ihrer Kritiker auch vor dem Hintergrund dringend erforderlich, dass die Nutzer dieser Informationsquellen über bestimmte Filter mit der Zeit nur noch die Mitteilungen erhalten, die mit ihrer Meinung bzw. Einstellung übereinstimmen. Man bekommt also immer mehr von dem, was man „liked“. So entstehen sogenannte Echokammern, in denen man nur noch Informationen erhält, die die eigene Ansicht verstärken. Das filtert Informationen und manipuliert so.

Was Facebook-Nutzer allein durch die Nutzung des „Like-Button“ von sich preisgeben, brachte jüngst eine Untersuchung der University of Cambridge ans Licht. Die Wissenschaftler entwickelten dafür eine Software, um aus dem „Gefällt-mir“-Verhalten von Nutzern auf deren Persönlichkeitsmerkmale schließen zu können. Erschreckendes Ergebnis: Das Programm kam auf höhere Trefferquoten als Arbeitskollegen, Freunde oder sogar Familienangehörige des jeweiligen Studienteilneh-

mers. Konkret waren 70 Likes nötig, um die Einschätzung der Persönlichkeit des Probanden durch enge Freunde oder Mitbewohner zu übertreffen, bei 150 Likes war das Computerprogramm besser als Familienangehörige und bei 300 Likes kam es an die Menschenkenntnis des jeweiligen Lebenspartners heran. Allein aus dem „Like“-Verhalten lasse sich mehr über den Nutzer, seine Vorlieben, Antipathien, Ansichten, kurz: seine Persönlichkeit ablesen, als man denkt, warnen die Wissenschaftler. Und da diese lernfähigen Programme immer besser werden, öffnen sie Beeinflussungen und Manipulationen Tür und Tor – etwa nach dem Prinzip: jedem sein individuell angepasstes „Fake News“-Angebot.

Das Erkennen von solchen gefälschten Meldungen wird zudem dadurch erschwert, dass auch die sogenannten „klassischen“ Medien offenbar nicht vor der Versuchung gefeit sind, sich bei Bedarf ihre Meldungen selbst zu stricken. So lief bei der honorarigen Deutschen Presse-Agentur (dpa) nach dem Attentat auf den Berliner Weihnachts-

markt die Nachricht über den Ticker: „Lastwagen des Berliner Terroranschlags könnte ins Museum kommen“. Und die Meldung kam so zustande: In einem Interview fragte der dpa-Journalist den Stiftungspräsidenten des Bonner Haus der Geschichte, Hans Walter Hütter, ob daran gedacht sei, eben jenen Terror-Lastwagen in dem Museum auszustellen. Hütter antwortete darauf ausweichend, dass es noch zu früh sei, darauf eine abschließende Antwort zu geben. Daraus entstand der Eindruck, dass es tatsächlich Überlegungen gebe, aus dem Berliner Mordwerkzeug ein Museumsstück zu machen. Die gab es de facto jedoch nicht, sondern lediglich die Frage des Journalisten nach einer Forderung, die niemand erhoben hatte. Daraus wurde dann eine Meldung, die den deutschen Blätterwald ins Rauschen brachte. So lassen sich Nachrichten generieren, die zwar nicht inhaltlich falsch sind, aber jeglichen Hintergrunds entbehren. An dem Punkt sei auch mehr Kompetenz in den Medien gefragt, kommentierten Berufskollegen. *Klaus Kocks*

KATHARINA LUMPP – SEIT MEHR ALS 20 JAHREN IM EINSATZ FÜR FLÜCHTLINGE

Über einen Mangel an Herausforderungen muss sich die Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland, Katharina Lumpp, derzeit ganz sicher nicht beklagen. Sie selbst empfindet ihre aktuelle Aufgabe als spannend, wie sie in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk mitteilte: „Weil hier zurzeit wichtige Weichen für die europäische Flüchtlingspolitik gestellt werden.“ Und sie findet in dem Zusammenhang lobende Worte für die deutsche Regierung: Deutschland habe sich im vergangenen Jahr „herausragend und sehr konsequent“ für Flüchtlinge und für den Flüchtlingsschutz eingesetzt, auch innerhalb der EU, befindet Lumpp. Die 49-jährige Deutsche kehrte im Dezember 2015 vom UNHCR-Amtssitz in Amman/Jordanien nach Berlin zurück.

Katharina Lumpp weiß aus langjähriger Erfahrung um die Probleme und Herausforderungen beim Schutz von Flüchtlingen, Asylsuchenden und deren Rechten. Denn sie ist seit mehr als 20 Jahren beim UNHCR tätig. Nach ihrem Jura-Studium an den Universitäten Heidelberg und Bonn führte sie ihr beruflicher Weg über erste Stationen in Brüssel und Bonn im Jahr 1998 nach Afghanistan. 2002 wechselte sie in die Genfer UNHCR-Zentrale, wo sie in der Abteilung für Internationalen



Foto: UNHCR

Flüchtlingsschutz unter anderem für EU-Angelegenheiten zuständig war. Zwei Jahre später folgte dann eine erneute Berufung nach Afghanistan mit dem Arbeitsschwerpunkt freiwillige Rückkehr und Reintegration von Flüchtlingen. Danach wurde sie zur stellvertretenden Leiterin der UNHCR-Regionalbüros in Ägypten und später in Südeuropa berufen. Von 2014 an leitete sie bis zu ihrem Wechsel nach Berlin die Abteilung für internationalen Flüchtlingsschutz im UNHCR-Büro für Nordafrika und den Mittleren Osten mit Sitz in Amman.

Eine wichtige Aufgabe bei der Arbeit für Flüchtlinge in Deutschland besteht aus Sicht von Lumpp aktuell darin, die positive Grundhaltung in der Bevölkerung, die sich etwa in der Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement widerspiegelt, zu bewahren. Dazu gehört nach ihrer Überzeugung auch eine gute sinnvolle Integration. Diese sei zudem die Voraussetzung dafür, dass Menschen eines Tages in ihre Heimat zurückkehren und dort wieder Fuß fassen können, betont sie.

50 JAHRE NACH DEM SECHSTAGEKRIEG IST PALÄSTINA WEITERHIN EIN ZERRISSENES, BESETZTES LAND

Am 5. Juni 1967 zerstörten israelische Kampfflugzeuge in einem Überraschungsangriff die ägyptische und auch die syrische Luftwaffe nahezu vollständig. Anschließend vertrieben israelische Truppen Ägypten aus dem Gazastreifen und der Sinai-Halbinsel, Syrien von den Golanhöhen und Jordanien aus dem palästinensischen Westjordanland. Am 10. Juni 1967 trat ein von den Vereinten Nationen vermittelter Waffenstillstand in Kraft. Damit war der israelischen Armee in nur sechs Tagen ein militärischer Triumph gelungen, der letztlich Ägyptens Präsident Gamal Abdel Nasser seinen Ruf als starker Mann Arabiens kostete, die Idee des arabischen Nationalismus ihrer Popularität beraubte und den drei israelischen Gegnern große Gebietsverluste zufügte, die bis heute nur zum Teil korrigiert wurden: So gab Israel 1982 den Sinai an Ägypten zurück. Dagegen unterstützt die israelische Regierung weiterhin den Siedlungsbau im palästinensischen Teil des Westjordanlands.

Im Rückblick bewerten viele Beobachter den Triumph des israelischen Militärs im sogenannten Sechstagekrieg als kontraproduktiv, als einen „Pyrrhussieg“. Denn nachfolgend konnte der israelisch-palästinensische Konflikt noch immer nicht gelöst werden. Stattdessen flammt immer wieder Gewalt auf, es kommt zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Von erfolgreichen Friedensverhandlungen kann bis dato nicht die Rede sein. Dem stehen die nach wie vor ungelösten Streitpunkte entgegen: insbesondere der israelische Siedlungsbau, der Grenzverlauf zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten sowie die Frage eines eigenen Palästinenserstaates. Erst Ende vergangenen Jahres scheiterte eine Initiative der US-amerikanischen Regierung von Barack Obama, die Konfliktparteien dazu zu bewegen, aufeinander zuzugehen. Vorausgegangen war die Reso-

lution 242 des UN-Sicherheitsrats, welche die USA hatten passieren lassen. Darin wurde die israelische Regierung zu einem Stopp des Siedlungsbau in den besetzten Palästinensergebieten einschließlich Ost-Jerusalem aufgefordert. Die Siedlungen wurden als Verstoß gegen internationales Recht und als erhebliche Behinderung eines Friedens in Nahost kritisiert. Was den USA nicht nur harsche Ablehnung vonseiten des israelischen Regierungschefs Benjamin Netanjahu einbrachte, sondern auch Anfeindungen im eigenen Land. So teilte der neue

Dazu verwies Dreßler darauf, dass die israelische Regierung zurzeit weitere 5.600 Siedlungen im palästinensischen Teil Westjordanland inklusive Ostjerusalem plane, von denen 500 schon im Bau sind. Dies bedeute, dass die Zersplitterung dieses Teils des Westjordanlandes immer weitere Fortschritte mache. Und in diesem Flickenteppich könne ein lebensfähiger Staat Palästina nicht existieren, meint der SPD-Politiker.

Dabei ist die Idee von der Zweistaatenlösung in etwa so alt wie der Nahost-



Quelle: spiegel-online

US-Präsident Donald Trump über sein Lieblingsmedium Twitter mit, dass die Nahostpolitik seines Amtsvorgängers gescheitert sei und Israel in der neuen Administration wieder einen „großen Freund“ bekomme.

Parallel zu der umstrittenen UN-Resolution hatte der damalige US-Außenminister John Kerry sich in einer Grundsatzrede für die sogenannte Zweistaatenlösung im Nahen Osten ausgesprochen. Doch die bezeichnete auch der ehemalige deutsche Botschafter in Israel, Rudolf Dreßler, in einem Interview des Deutschlandfunks als derzeit „praktisch nicht durchführbar“. Angesichts der aktuellen Lage drohe vielmehr eine dritte Intifada, warnte Dreßler, insbesondere wenn die ohnehin gespannte Situation durch den neuen US-Präsidenten verschärft werde. Als Intifada werden die palästinensischen Aufstände gegen Israel bezeichnet.

konflikt selbst: Schon 1947 sah der sogenannte UN-Teilungsplan vor, zwei separate Staaten für Juden und Araber auf dem britischen Mandatsgebiet Palästina zu errichten. Danach sollten in dem circa 25.000 Quadratkilometer großen britischen Herrschaftsgebiet mit einer Bevölkerung von 1,3 Millionen Arabern und 608.000 Juden ein arabisch-palästinensischer und ein jüdischer Staat entstehen. Letzterer existiert seit nunmehr fast siebenzig Jahren.

Eine befriedigende – und letztlich auch die Region befriedende – Lösung für die Palästinenser hingegen zeichnet sich auch 50 Jahre nach dem Sechstagekrieg nicht ab.

Ein Kommentar von Klaus Kocks

AVI PRIMOR: LÖSUNG NUR MIT INTERNATIONALER HILFE MÖGLICH



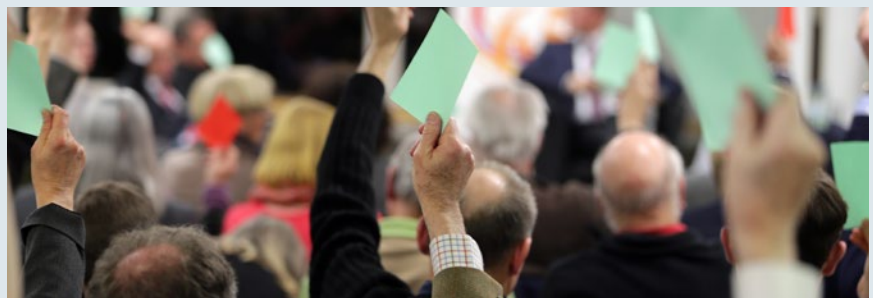
5. Nahost-Talk „Israel und Palästina – 50 Jahre nach dem 6-Tage-Krieg“

Avi Primor, früherer Botschafter Israels in Deutschland, sieht keine Aussicht dafür, dass Israel und Palästinenser alleine zu einem Frieden kommen könnten. Frieden im Nahen Osten sei etwas, „das wir schon siebzig Jahre zu erreichen probieren und bislang sieht es fast hoffnungslos aus“, so Primor in einer Audio-Botschaft zum 5. Nahost-Talk des GSI und DINO. „Teilweise stammt es davon, dass wir einander nicht verstehen. Wir leben nebeneinander, Palästinenser und Israelis, aber in Wirklichkeit Rücken an Rücken.“ „Das Ausland muss uns Rückenstärkung geben. Sonst wird es nicht klappen. Wir alleine, werden es nicht schaffen. Aber schaffen müssen wir es“, so die Einschätzung Primors. Er forderte: „Wir müssen eher zusammenkommen, miteinander sprechen, und das ist sehr kompliziert, wie wir aus Erfahrung wissen. Dennoch dürfen wir nicht aufgeben.“

Einen Ausweg sieht Primor nur mit internationaler Hilfe. „Wir müssen alles Mögliche probieren“, so Primor, „dass diejenigen in Palästina und in Israel, die wirklich Frieden anstreben, miteinander zusammen-

kommen, aber auch um internationale Hilfe bitten.“ Allerdings werde die Netanyahu-Regierung dies nicht tun. „Die gehört zu der Minderheit in Israel.“ Dennoch zeigte sich

Primor hoffnungsvoll: „Irgendwann kommt jeder Kriegszustand zu Ende und der Frieden wird immer erreicht, auch wenn es im Nahen Osten besonders kompliziert ist.“



Dialogveranstaltung „Welches Europa wollen wir?“

FÜR DIE ZUKUNFT DER EU „SORGENVOLL ZUVERSICHTLICH“

Viele grüne Karten am Ende der Diskussionsveranstaltung zeigten: Die Zuversicht des Publikums in die Zukunft Europas ist groß. Botschafter Reinhard Silberberg, Ständiger Vertreter Deutschlands bei der Europäischen Union, zeigte sich erfreut über das Votum. Auf Einladung des Auswärtigen Amtes, des GSI, des General-Anzeigers Bonn und der Stadt Bonn stand er GA-Chefredakteur Dr. Helge Matthiesen Rede und Antwort. Die Dialogveranstaltung unter dem Titel „Welches Europa wollen wir?“ machte deutlich, dass der Gesprächsbedarf zu EU-Politik und aktuellen Herausforderungen groß ist.

„Es geschehen große Veränderungen in Europa. Es geht nur gemeinsam“, mahnte GSI-Direktor Dr. Ansgar Burghof in seiner Begrüßungsrede. Und auch Ashok Sridharan, Oberbürgermeister der Stadt

Bonn, stimmte zu: „Lassen sie uns gemeinsam unser Europa gestalten.“

Viele der mehr als 200 Teilnehmer nutzten die Möglichkeit des Dialogs und fragten Botschafter Silberberg zu den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, dem Korruptionsproblem in Rumänien und dem Umgang mit dem „Brain-Drain“ in einigen Mitgliedsstaaten. Dass es Verbesserungsbedarf gibt, darin waren sich Botschafter und Publikum einig. Auch Silberbergs Einschätzung zur Zukunft Europas schienen viele Teilnehmer zu teilen: „Ich bin sorgenvoll zuversichtlich“, so der Botschafter.

Die Dialogveranstaltung war Teil einer Reihe des Auswärtigen Amtes, in der bundesweit die Frage der Zukunft Europas diskutiert werden soll. Im Rahmen einer Bürgerwerkstatt werden die Diskussionsergebnisse in Berlin auch Bundesaußenminister Sigmar Gabriel vorgestellt.

IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Gustav-Stresemann-Institut e.V.
V.i.S.d.P.: Dr. Ansgar Burghof
Tel: +49 (0) 228 / 8107- 0
E-Mail: weltenbuerger@gsi-bonn.de
www.gsi-bonn.de
Langer Grabenweg 68,
53175 Bonn - Bad Godesberg
Germany